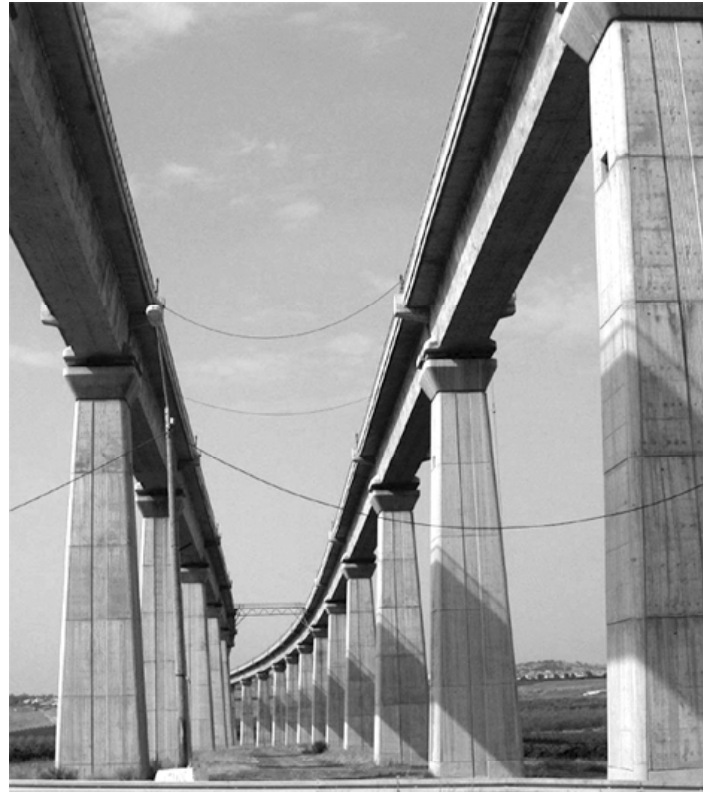


Schluss mit der Beteiligung der Deutschen Bahn an der israelischen Siedlungs- und Besatzungspolitik

Die Deutsche Bundesbahn, beteiligt sich mit ihrem Tochterunternehmen DB International an einem der größten Infrastrukturprojekte Israels. Obwohl die alte Zugstrecke zwischen Jerusalem und Tel Aviv nicht durch die besetzten Gebiete führte und Alternativpläne zum Streckenverlauf palästinensische Gebiete nicht berührten, stimmte auch die Deutsche Bahn dem nun ausgeführten Streckenverlauf zu. es werden unter anderem landwirtschaftliche Nutzflächen palästinensischer Dörfer zerstört und palästinensischer Grundbesitz beschlagnahmt.

Das staatliche Unternehmen DB nimmt mit der Beteiligung an dem Projekt billigend in Kauf, dass

- Israel seine Politik der Zerstückelung der Palästinensischen Gebiete und den damit verbundenen Landraub, ein engmaschiges Straßennetz, das nur von in der Westbank lebenden Siedler benutzt werden darf, und nun durch den Bau einer Eisenbahnstrecke durch die besetzten Gebiete ungehindert fortsetzen kann;
- Israel die Rohstoffe der besetzten Gebiete ausnutzt und internationales Gesetz gebrochen wird;
- durch den Bau der Eisenbahnstrecke Israel illegal Siedlungsbau in den besetzten Gebieten fortsetzt - das palästinensische Volk von der Nutzung der Bahn ausgeschlossen ist.
- Der Landraub an dem palästinensischen Volk, die Enteignungen von Privatpersonen und weitere Isolation palästinensischer Dörfer fortgesetzt wird;
- die landwirtschaftliche Nutzfläche und Lebensgrundlage für die einheimische palästinensische Bevölkerung weiter zerstört wird.



*Brücke Nr. 6 ist bereits fertig gestellt, Enklave Latrun
Mehr Informationen im Internet unter:
whoprofits.org und kopi-enderbesatzung.de*

Menschenrechtsaktivisten, darunter ein Mitglied des Stuttgarter Palästinakomitees, sowie die Bundestagsabgeordneten Heike Hänsel und Inge Höger der Partei Die Linke haben Anfragen an die Deutsche Bahn und die Bundesregierung gerichtet. In den Antworten wird eingestanden, dass die DB International die Strecken ingenieurtechnisch und im Punkt Route geprüft hat. Dabei war die offensichtlich völkerrechtswidrige Streckenführung kein Thema. Ein Vertreter des Bundesverkehrsministeriums schreibt jedoch in seiner Antwort an Inge Höger: „Die Bundesregierung erwartet, dass alle Unternehmen Völkerrecht sowie Menschenrechte respektieren“.

Mit unserer heutigen Aktion während der Großdemonstration gegen Stuttgart 21 protestieren wir gegen die Politik der Deutschen Bahn und deren Eigentümerin, die Bundesregierung, die Gewinne über die Menschenrechte stellt.

Wir fordern die Bundesregierung als Eigentümer der Deutschen Bahn und deren Tochterunternehmen DB International auf, sich aus dem Bahnprojekt mit der Staatlichen Israelischen Eisenbahn zurück zu ziehen.